

*Musbolt* plädiert zwar „dafür, dass die Neurophilosophie interdisziplinär arbeiten und offen für Einsichten aus der empirischen Erforschung des Gehirns sein sollte“ (14). Gleichzeitig macht sie aber auch deutlich, dass eine kritisch betriebene Neurophilosophie nicht einem „reduktionistischen Szientizismus“ (223) verfallen dürfe. Für *Eva Schürmann* hängt die Beantwortung der Frage, „[w]elche Ästhetik man betreibt, [...] maßgeblich davon ab, welche Kunst man untersucht, welche systematischen Fokussierungen man vornimmt und in welche Theorietradition man sich stellt“ (251). Sie hält fest: „Ästhetik als Sphäre der Aisthesis“ beziehe sich nicht allein auf das Erscheinen und Wahrnehmen, sondern auch auf das Darstellen und die Brechung von Auffassungsweisen und sei daher immer auch der „Ort des Denkens mit (nicht nur über) Kunst“ (ebd.). Für *Christiane Voss* stellt die Medienphilosophie eine zeitgemäße Variante dessen dar, was zuvor vor allem der Sprachphilosophie zugesprochen wurde, nämlich die „Untersuchung der Konstitutionsleistungen verschiedener Vermittlungsformate“ (15). Letztere „umfassen technische wie auch kulturelle Medien ebenso wie Praktiken und materielle Transport- und Verkörperungsweisen“, deren „Einflüsse auf Lebens- und Denkweisen“ es aufzuzeigen gilt (ebd.). Nach *Héctor Wittwer* gilt 1) das Interesse der zeitgenössische Ethik den verbindlichen Regeln des menschlichen Zusammenlebens. 2) ist ihr „eine klare Tendenz zum Formalismus“ (274) eigen. 3) zeichnet sie sich „durch einen hohen Grad an Arbeitsteilung und Spezialisierung“ aus, „der sich in ihrer Unterteilung in Normative Ethik, Metaethik und Angewandte Ethik niederschlägt“ (ebd.). 4) unterliegt sie dem Anspruch, „metaethisch reflektiert zu sein“ (275). 5) ist sie „gekennzeichnet durch eine Spannung zwischen ihrer offiziellen Säkularisierung und ihrer faktischen Prägung durch religiöse Überzeugungen“ (ebd.). 6) ist sie heute „[i]n Bezug auf ihr praktisches Ziel [...] vor allem Kampf ums Recht“ (ebd.). Nach *Matthias Kaufmann* ist die Politische Philosophie neben der Ethik und der Rechtsphilosophie „ein Zweig der Praktischen Philosophie“ (290), dessen Aufgabe in dem „Fragen nach dem organisierten menschlichen Zusammenleben“ (16) besteht. Verdeutlicht wird diese Auffassung „durch die Vorstellung klassischer Themen (u. a. Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Eigentum) und zeitgenössischer Probleme (u. a. Minderheiten, Toleranz, Integration)“ (ebd.).

Soweit einige kurze Hinweise zu den einzelnen Beiträgen des Sammelbandes, der, wie in der Einleitung betont wird, nicht einen perfekten Überblick über die Philosophie der Gegenwart in ihrer Gänze intendiert, sondern lediglich einen repräsentativen Einblick zu geben versucht in deren gegenwärtige Gestalt. Auffällig ist, dass die Sozialphilosophie nicht als eigenes Feld behandelt, sondern nur im Zusammenhang mit der Behandlung der Frage nach der Gestalt therapeutischer Philosophie am Rande gestreift wird.

H.-L. OLLIG SJ

FÖLLINGER, SABINE: *Ökonomie bei Platon*. Berlin / Boston: De Gruyter 2016. VIII/191 S., ISBN 978-3-11-045567-0 (Hardback); 978-3-11-045569-4 (EPUB).

Obwohl das Wort „Ökonomie“ griechischen Ursprungs ist, haben die antiken Griechen nach allgemeiner Ansicht auf diesem Gebiet keine große Leistung erbracht. Unter Althistorikern war lange umstritten, inwieweit bei den klassischen Griechen überhaupt von einem Kapitalismus im modernen Verständnis gesprochen werden kann. Der auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte verdiente Althistoriker M. I. Finley schließt aus dem Fehlen einer ökonomischen Theorie auch auf die Nichtexistenz der damit beschriebenen Wirtschaftsprozesse. Klassische Philologen und Philosophiehistoriker haben sich deshalb bisher nur wenig mit antiker Ökonomie bei Platon beschäftigt. Die Marburger Gräzistin Sabine Föllinger (= F.) betritt nun mit ihrer 2016 im De Gruyter Verlag erschienen Monographie *Ökonomie bei Platon* neue Pfade. F. lehnt Finleys kategoriale Unterscheidung in eine kapitalistische und vorkapitalistische Wirtschaft als nicht zielführend für ein Verständnis antiker Ökonomie ab. Stattdessen bedient sich F. der Neuen Institutionenökonomik (= NIÖ) als wertneutrales Modell, das die Rolle von politischen, sozialen und religiösen Institutionen in einer Volkswirtschaft für ökonomische Transaktionen beleuchtet. In der Platon-Exegese kritisiert F. entwicklungsgeschichtliche Erklärungen von Widersprüchen im Corpus Platonicum und folgt somit Erlers Ansatz, der unterschiedliche Fokussierungen in den jeweiligen

Dialogen für die Diskrepanzen verantwortlich macht. Die in der Forschung rege diskutierten Unterschiede der in *Politeia* und *Nomoi* dargebotenen Staatskonzeptionen erklärt F. mit verschiedenen Fragestellungen. Während die *Politeia* das Staatsmodell für einen von Kindheit an erzogenen Bürger biete und daher auf Einzelfallregelungen verzichte, stelle sich für den Gesetzgeber der *Nomoi* angesichts einer aufgrund von Herkunft heterogenen Bürgerschaft die Frage, welche Regeln die Unsicherheit im Zusammenleben zu minimieren helfen. F. untersucht mit dem Ansatz der NIO anhand zahlreicher Passagen der *Nomoi*, wie Institutionen der Reduktion von Risiken in der Interaktion dienen. Eine wichtige Rolle komme dabei der Religion zu, die identitätsstiftend wirke. Zudem böten religiöse Feste die Gelegenheit, die Mitbürger besser kennen- und hinsichtlich ihrer Eignung für politische Ämter einschätzen zu lernen, womit eine durch Transparenz erzeugte Informationssymmetrie geschaffen würde (134). In der institutionenökonomischen Perspektive werde auch das Eidverbot für Magnesia verständlich. Im Unterschied zu anderen antiken Gesellschaften, die sich des Eides als Stabilitätsgaranten im Alltag bedienten, ist in der magnesischen Musterkolonie nur der promissorische Eid zur bestärkenden Selbstverpflichtung zulässig, der assertorische Eid in Situationen, in denen Meineid ein Vorteil sein könnte, untersagt. Damit sollen low-cost-Situationen vermieden werden, in denen Akteure verkehrtes (regelwidriges) Handeln nicht viel kostet und deshalb attraktiv erscheint; dafür müssen kostspieligere, aber wirkungsvollere Sanktionen anstelle des Eides in Kauf genommen werden. F. zeigt am Beispiel der Preisregulierung im Kleinhandel, dass Platon dieses Konzept aufgrund seiner Kenntnisse marktwirtschaftlicher Gesetze entwickelt hat und nicht nur menschliche Gier als Grund für Preisschwankungen ansieht (145), wenn er auch die Pleonexie in diesem Fall für den entscheidenden Faktor hält (129) und als Ursache zahlreicher Übel im Staat ansieht. Für das Staatskonzept der *Nomoi*, das die Eudämonie und Einheit aller Bürger zum Ziel habe, sei die Vermeidung sozialer Gefälle eine zentrale Aufgabe. Dazu diene neben umfangreichen Bestimmungen bei der Landverteilung, die die Hofgröße normieren und sichern sollen, auch der Verzicht auf Gläubigerschutz bei Kreditgeschäften; dieser fehlende Rechtsschutz solle den Anreiz zur Kreditvergabe mindern und so daraus häufig resultierenden Prozessen, die die gemeinschaftliche Harmonie stören, vorbeugen.

F. kommt am Ende ihrer Studie zu dem Ergebnis, dass Platon nicht in Ignoranz der Marktmechanismen oder aufgrund moralistischer Abneigung gegen das monetäre ökonomische Handeln per se abwertet, sondern der wirtschaftlichen Freiheit nur dann Grenzen setzt, wenn es das Wohl des Staates erfordert. Platon kenne durchaus das Nutzenkalkül. Doch sei für ihn Nutzen – anders als für den modernen Ökonomen, der darunter inhaltsleer und wertfrei das Maß für die Präferenz eines Akteurs verstehe – immer normativ auf die Eudaimonie bezogen. Mit einem Ausblick auf weitere Forschungen stellt F. u.a. die Frage, wie Platons Vorschläge im Verhältnis zur zeitgenössischen Wirtschaftspolitik Athens und anderer Poleis einzuordnen sind.

Wenn auch F.s Beitrag zur *Nomoi*-Forschung weit hinter Schöpdsaus epochalem Standard-Kommentar zurückbleibt, so kommt ihr doch der Verdienst zu, Erklärungsansätze aus der Wirtschaftswissenschaft fruchtbar zum Verständnis von Platon angewandt und so den interdisziplinären Austausch befördert zu haben. Es wäre wünschenswert, wenn die von F. im Ausblick gestellten Fragen als Anregung für weitere fächerübergreifende Forschungsprojekte von Alter Geschichte, Klassischer Philologie und antiker Philosophie aufgegriffen würden.

J.-M. PINJUH

LANGMEIER, BRUNO: *Ordnung in der Polis*. Grundzüge der politischen Philosophie des Aristoteles (Symposium; Band 137). Freiburg i. Br. / München: Alber 2018. 486 S., ISBN 978-3-495-48961-1 (Hardback).

Diese überarbeitete Bonner Dissertation (WS 2013/14) wendet sich gegen eine These, die sich häufig in der Philosophiegeschichtsschreibung, aber auch bei bekannten heutigen Philosophen, etwa bei Alasdair MacIntyre, finde: Aristoteles seien „Konflikte in der Polis unbekannt“ (14); er habe „blind für die Wirklichkeit der damaligen politischen Verhältnisse eine vergangene heile Poliswelt liebevoll gedanklich konserviert“